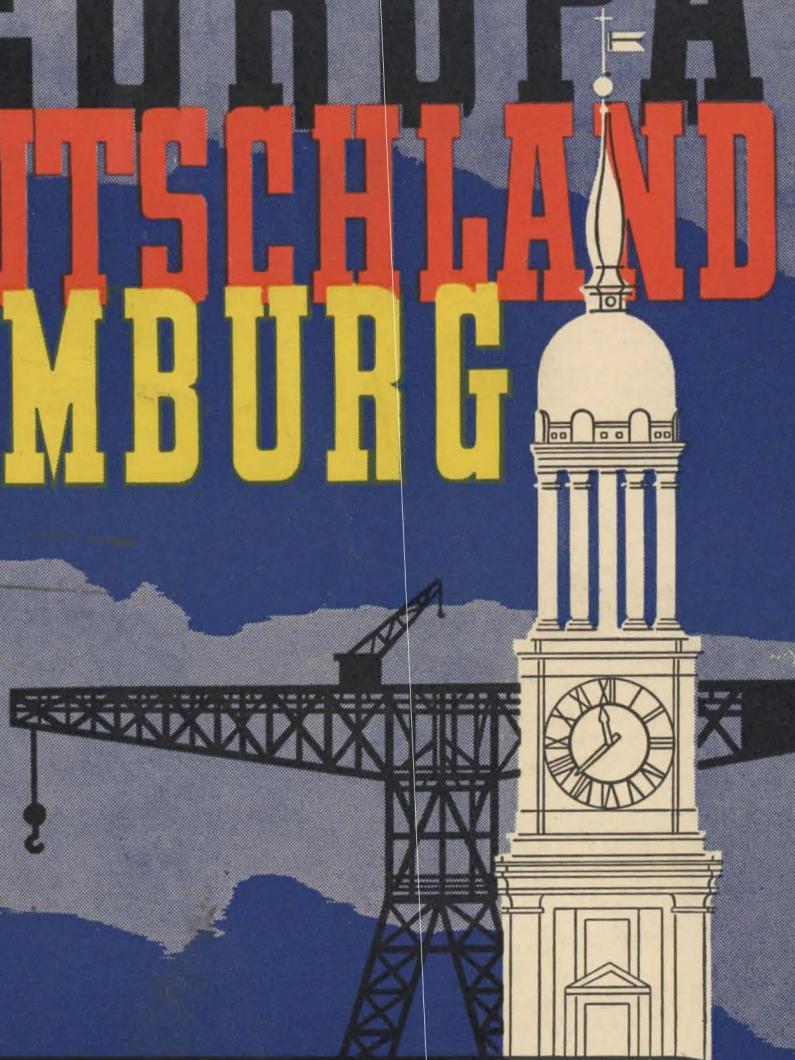


EUROPA DEUTSCHLAND HAMBURG



HAMBURG-BLOCK

CDU

FDP

DP

1957

Jetzt habe ich einen



TINTEN
Küli
MIT ROTRING

Aller Ärger beim Schreiben hat aufgehört! Ich beantworte wieder erhaltene Briefe – ich schreibe mit Lust und Freude und die Gedanken fliegen mir zu!

Warum nur habe ich ihn nicht schon früher gekannt?

7⁵⁰
DM



SATOR
WERBE-VERLAG

Hans Günther Imlau

HAMBURG 36 · GÄNSEMARKT 44

*

Werbeproschüren

Prospekte · Plakate

Anzeigenwerbung

Pressebild-Dienst

Werbefilme

*

Anzeigenleitung und Atelier:

HAMBURG 1 · FÖLSCHBLOCK

Ruf: Sa.-Nr. 35 50 67

HAMBURG-BLOCK (CDU/FDP/DP/BHE)

HAMBURG
DEUTSCHLAND
EUROPA

Regierungsprogramm des

HAMBURG-BLOCK (CDU/FDP/DP/BHE)

für die Hamburger Bürgerschaft 1953/57

SATOR WERBE-VERLAG · HAMBURG

Sprechern der SPD, die gezwungen waren, immer wieder gegen die Interessen der Hamburger Bevölkerung zu handeln.

HAMBURG WIRD MIT DEM BUND ZUSAMMENARBEITEN

Es ist an der Zeit, daß Hamburg künftig die Politik der Bundesregierung unterstützt und nicht durch seine gewählten Vertreter Obstruktion betreibt. Nur dann kann Hamburg aus dem Schatten, in dem es bisher durch die Schuld der SPD gestanden hat, heraustreten und wieder den ihm gebührenden Platz einnehmen. Die künftigen Vertreter Hamburgs im Bundesrat haben nach Recht und Gewissen über alle Parteien hinaus die Interessen unseres Vaterlandes und unserer Vaterstadt zu vertreten.

Das Grundsatzprogramm des „Hamburg-Block (CDU/FDP/DP/BHE)“ stellt eine Minimalforderung dar. Die politischen Erfahrungen gebieten, daß in einem Grundsatzprogramm keine propagandistischen Fernziele aufgestellt werden, sondern ausschließlich tatsächlich realisierbare Forderungen. Das Grundsatzprogramm kann die verantwortlichen Politiker nicht von ihrer persönlichen politischen Entscheidung entbinden. Es wird ihnen jedoch Richtschnur sein. Die Verwirklichung der erhobenen Minimalforderungen ist das Ziel aller verantwortlichen Politiker des „Hamburg-Block“.

WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Nur die Bundesregierung kann und darf grundsätzliche Wirtschafts- und Verkehrspolitik betreiben. Daher wird die künftige vom „Hamburg-Block“ geführte hamburgische Wirtschafts- und Verkehrspolitik als oberstes Anliegen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Verkehrspolitik des Bundes zum Ziel haben.

Der hamburgischen Wirtschafts- und Verkehrspolitik wird wieder die Initiative des einzelnen, und damit die Erfahrung des Hamburger Kaufmanns, Verkehrs- und Schiffahrtspraktiker, zugute kommen. Gemeinsam mit den arbeitenden Menschen im Hafen, ihren berufsständischen Organisationen und den Selbstverwal-



Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Gespräch mit Erik Blumenfeld, dem Ersten Vorsitzenden des HAMBURG-BLOCK (CDU/FDP/DP/BHE)

tungsorganen der Wirtschaft, denen in Zukunft zum Zwecke der Verwaltungsersparnis wesentlich mehr Aufgaben zu übertragen sind, wird die Gesamtwirtschaft Hamburgs erfolgreich vorangetrieben werden.

Die Personalunion des Senators der Behörde für Wirtschaft und Verkehr wird getrennt in eine selbständige Behörde für Hafen, Schifffahrt und Verkehr und eine Behörde für Wirtschaft, Industrie und Handel. Hierbei wird eine straffe Zusammenfassung der Aufgabenbereiche durchgeführt und die aufgeblähte, viel zu große und theoretisch ausgerichtete Verwaltung eingeschränkt werden.

Der „Hamburg-Block“ setzt sich für die europäische Verkehrsintegration unter der Voraussetzung ein, daß vorher die gleichen Startbedingungen geschaffen werden. Hierzu gehört die grundsätzliche Anerkennung der Seehafentarife und die Abkehr von jeglichen Experimenten wie dem Bau eines Nord-Süd-Kanals. Der „Hamburg-Block“ setzt sich für den weiteren Ausbau des Hafens ein. Er wird sich im Hinblick auf die besonderen Aufgaben Hamburgs, die sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands und der großen europäischen Zielsetzung ergeben, für die Anerkennung und tatkräftige Unterstützung dieser Arbeiten seitens des Bundes einsetzen.

Eine einheitliche Hafenpolitik wird das besondere Anliegen des „Hamburg-Block“ sein, insbesondere, die Steigerung des überseeischen Passagierverkehrs für Hamburg zu fördern.

AKTIVE FREIHAFENPOLITIK

Eine aktive Freihafenpolitik wird als oberste Zielsetzung die Wahrung der Rechte des Freihafens und Verteidigung des Seehafenprivilegs zur Stärkung des Hamburger Hafens im europäischen Wettbewerb haben.

Der „Hamburg-Block“ fordert die Beseitigung der die Hamburger Standortbedingungen beeinträchtigenden Faktoren und wünscht die Förderung der Bildung von Warenmärkten — Einfuhr und

Transit — und der Investitionspolitik für die im Freihafen ansässigen Betriebe. Gründliche Überprüfung der Pachtspolitik mit dem Ziel einer Zusammenfassung und Revision der Verträge im Hinblick auf die zukünftige Weiterentwicklung des Hamburger Hafens als Industriestandort. Wiederherstellung der notwendigen Dockkapazität, kontinuierliche Förderung des Wiederaufbaus der deutschen Handelsschifffahrt und damit auch Verbesserung der Auftragslage des Schiffbaus und der Maschinenindustrie, insbesondere bei den mittleren Werften, sowie Schaffung weiterer Arbeitsplätze.

AUSBAU DES FLUGHAFENS

Weiterer Ausbau des Flughafens, Errichtung eines „Air-Terminal“ und Hubschrauber-Landeplatzes. Bau eines Luftpostamtes auf dem Flugplatz.

Im Außenhandel soll die Förderung der Auslandsniederlassungen durch Kredite durchgeführt werden; der sehr langwierige Verfahrensweg ist zu beschleunigen.

WIR FORDERN GROSSE STEUERREFORM!

Der „Hamburg-Block“ wird mit allem Nachdruck beim Bund auf beschleunigte Durchführung einer organischen großen Steuerreform mit dem Ziel weiterer Steuersenkung und daraus resultierender Kapitalbildung hinwirken.

Die 1951 erhöhten Gewerbesteuer-Hebesätze und Lohnsummensteuern sind bis zu einer Angleichung an benachbarte Länder zu senken.

Eine Neufestsetzung sämtlicher Gebühren der Hansestadt Hamburg mit dem Ziel, nur echte Verwaltungsmehrkosten hieraus zu decken, soll vordringlich durchgeführt werden.

Die Regiebetriebe des Hamburger Staates werden auf das erforderliche Mindestmaß herabgesetzt, deshalb wird die vollständige Aufgabe der behördeneigenen Reparaturwerkstätten (z. B. Kraftfahrzeuge, Büromaschinen) gefordert. — Untersagung des Behördenhandels!

STÄDTISCHE VERKEHRSPROBLEME

Verbesserung der Verkehrsbedingungen im Hafen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, Ausbau des Vorortverkehrs (Schnellbahnnetz) für die berufstätige Bevölkerung im Süden und Westen, insbesondere in Richtung Bergedorf. Durchführung des Baues der Ost-West-Achse, hierbei Einplanung der Linienführung der U-Bahn.

GRÖSSTMÖGLICHE SICHERHEIT FÜR ALLE VERKEHRSTEILNEHMER!

Der Bau von Radfahrwegen auf allen Ausfall- und Hauptverkehrsstraßen muß gefordert werden.

Eine nachhaltige Überprüfung des gesamten Verkehrsproblems in der Innenstadt — einschließlich Klärung der Parkplatzfragen und -gebühren sowie des Straßenbahnverkehrs — ist sofort durchzuführen.

Überprüfung der Lage und Bedingungen des Taxengewerbes mit dem Ziel einer wirtschaftlichen Besserstellung des Gewerbes und damit verbundener Leistungssteigerung.

Intensivierung der Fremdenverkehrswerbung für den Besuch Hamburgs und eine Angleichung der überspannten steuerlichen und gebührenmäßigen Belastung des Vergnügungsgewerbes in Hamburg.

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen wird die Hamburger Wirtschafts- und Verkehrspolitik den Anschluß an die des Bundes finden und so aus ihrer bisherigen parteipolitisch bedingten Isolierung herausgelöst werden. Hamburg wird dadurch seine frühere Vorrangstellung als eines der bedeutendsten Wirtschafts- und Verkehrszentren Deutschlands wie Europas zurückgewinnen und den Anschluß an die Wirtschaft der freien Welt stetig verstärken. Der Kurs Bonns wird — zum Segen der Stadt wie des Bundes — auch der Kurs Hamburgs sein.

II.

NEUORDNUNG DES HAMBURGER SCHULWESENS

Unsere Hamburger Schulen sind in wachsendem Maße ein Gegenstand der Unruhe, der Sorge und Unzufriedenheit geworden. Seitdem der sozialdemokratische Senat 1949 in den letzten Wochen seiner damaligen Regierungsperiode gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit der Eltern und Erzieher die als „Schulreform“ bekanntgewordene neue Ordnung des Hamburger Schulwesens durchgeführt hat, ist diese Unruhe entstanden.

UNSERE SCHULE BRAUCHT RUHE ZUR ARBEIT

Es gilt, den durch viele Jahrzehnte weit über die Mauern Hamburgs hinaus guten Ruf unseres Schulwesens wieder herzustellen. Darum ist die vierjährige Grundschule wieder einzuführen. Deshalb ist der Mehrschichtenunterricht beschleunigt zu beseitigen. Der Schulneubau, die Überholung und der Wiederaufbau alter Schulhäuser und Klassenräume ist viel stärker zu fördern.

Die Klassenstärken müssen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden. In überfüllten Klassen kann das schwächer begabte Kind nicht zu seinem Recht kommen, ganz abgesehen davon, daß der Lehrer überlastet wird.

KEIN PÄDAGOGISCHES EXPERIMENTIERFELD

Die Schule darf nicht zum pädagogischen Experimentierfeld gemacht werden. Bewährte und erprobte Unterrichtsweisen sollen eine ständige und behutsame Fortentwicklung erfahren. Das bedeutet nicht Rückkehr zur überalterten Lernschule, sondern Bewahrung vor inneren Schäden und Leistungsabfall.

BEFREIUNG VON PARTEIPOLITISCHEN DOKTRINEN

Mit der Wiedereinführung der bewährten vierjährigen Grundschule wird eine echte Gliederung unseres Schulwesens mit folgenden klar gestuften Schulformen durchgeführt werden:

Volksschule und weiterführender Oberbau nach dem 6. Schuljahr (bisher TO),

die Oberschule, die nach dem 4. Schuljahr beginnt (bisherige WO).

Wir wollen, daß bei dem Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schularten die Eltern wieder ihre alten entscheidenden Rechte erhalten.

Wir fordern klar formulierte Zeugnisse zum Herbst und zu Ostern, die Auskunft geben über Haltung und Leistung der Kinder. Wir erstreben eine Hamburger Schule, die sich anlehnt an die Schulverhältnisse der übrigen deutschen Länder, damit unsere Kinder bei Umzug und Versetzung glatten Anschluß und keine Nachteile haben. Das auf Pflicht und Verantwortung beruhende Elternrecht muß in jeder Weise gesichert werden.

Wir werden festumrissene Bildungspläne für die erzieherischen Aufgaben und die einzelnen Schulformen erarbeiten. Dabei ist die Vermittlung von echtem Wissen ausschlaggebend. Ein besonderer Mangel der Schulreform von 1949 war das Absinken des Unterrichtsniveaus und die arbeitsmäßige Überforderung der Lehrerschaft.

ECHTER RELIGIONSUNTERRICHT

Dem Religionsunterricht muß gemäß den gesetzlichen Bestimmungen wieder die Stellung in der gesamten Unterrichtsgestaltung eingeräumt werden, die ihm auf Grund seiner persönlichkeitsformenden und sittlich bildenden Kraft zukommt.

SCHULGELD- UND LERNMITTELFREIHEIT

Durch die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, ebenso wie durch großzügige Erziehungsbeihilfen, ist der ungehinderte Aufstieg der begabten Kinder aus allen Schichten unserer Bevölkerung zu gewährleisten.

AB OSTERN 1954 WIEDER VIERJÄHRIGE GRUNDSCHULE

Mit der Wiederherstellung der vierjährigen Grundschule ist Ostern 1954 zu beginnen. Bei der Überleitung ist so behutsam zu verfahren, daß die Kinder vor weiteren Schäden und Nach-

teilen bewahrt bleiben. Der Übergang zum Oberbau der Volksschule erfolgt wie bisher nach dem sechsten Schuljahr.

Die Ausbildung der Lehrer, der wir wegen ihrer Bedeutung unsere besondere Aufmerksamkeit widmen werden, soll nur durch die Universität erfolgen. Es wird darauf zu achten sein, daß die Unterrichtspraxis schon beim Studium mehr zu ihrem Recht kommt als bisher. Eine Verbesserung der Lehrerbesoldungsverordnung ist anzustreben. Auch fordern wir ein Schulverwaltungsgesetz, das dem Schulleiter echte Autorität verleiht.

III.

FREIES KULTURSCHAFFEN!

Die kulturelle Bedeutung der Hansestadt Hamburg ist in den vergangenen Jahren erheblich vernachlässigt worden. Daher wird die kulturelle Arbeit einen bedeutsamen Platz im Regierungsprogramm des „Hamburg-Block“ einnehmen. Die wichtigste Aufgabe ist die sofortige Aufhebung der Personalunion von Schul- und Kultursenator.

SCHNELLE HILFSMASSNAHMEN!

Wir fordern die allgemeine Förderung des freien Kulturschaffens ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit der Künstler zu Parteien und Gruppen. Die bisherige Vernachlässigung bei der Erhaltung und Pflege der hamburgischen Museen, Sammlungen und Baudenkmäler verlangt eine echte Förderung und schnelle Hilfsmaßnahmen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Erhaltung und dem Wiederaufbau der Hamburger Kirchen.

Das Hamburger Theater- und Konzertleben muß unter stärkerer Berücksichtigung der künstlerischen Initiative und der privaten Förderung gepflegt werden. Der Wiederaufbau der Hamburger Staatsoper, der acht Jahre lang verzögert wurde, ist durch die Bereitschaft der hamburgischen Bevölkerung und Wirtschaft

sichergestellt worden. Es ist Aufgabe der Regierung, diesen Wiederaufbau mit allen Kräften zu fördern.

Der Ausbau der öffentlichen Bücherhallen gehört zu den kulturellen Aufgaben, die entscheidend zu steigern sind.

Das Hamburger Kulturleben wird in Zukunft wieder, ungehindert von parteipolitischen Doktrinen, eine entscheidende Rolle in der Bundesrepublik einnehmen.

IV.

BAU- UND WOHNUNGSWESEN

Der „Hamburg-Block“ wird mit allen Mitteln den sozialen Wohnungsbau fördern mit dem obersten Ziel: mehr Wohnungen, bessere Wohnungen, tragbare Mieten! Das wird erreicht, wenn alle am Wohnungsbau Beteiligten in gesundem Wettbewerb an der Senkung der Baukosten und dem Bau zeitgemäßer, besserer Wohnungen unter gleichen Bedingungen arbeiten. Bei der Vergabe öffentlicher Mittel einschl. der vom Staat garantierten 7c-Gelder ist oberstes Gebot, viele und gute Wohnungen zu schaffen, nicht aber einzelne Träger der Wohnungsbauvorhaben zu bevorzugen. Wer mit geringerem Zuschuß die gleiche Leistung erzielt, verdient den Vorrang. Die bisher nur den gemeinnützigen und städtischen Wohnungsunternehmen eingeräumten Vorteile durch Steuer- und Kostenersparnis sollen gerechterweise anderen Bauträgern für Vorhaben des sozialen Wohnungsbaues zukommen.

GEGEN SCHLECHTE BAUTEN

Nur solche Wohnungen dürfen noch in Zukunft gebaut werden, die in Größe, Aufteilung und Ausstattung dem vorhandenen Bedürfnis auf die Dauer gerecht werden, also familiengerechte Wohnungen.

Bauherren, deren finanzielles Gebaren oder Bauausführung zu beanstanden sind, müssen für die Folge bei der Vergabe öffentlicher Mittel ausgeschlossen werden.



Dr. Kurt Sieveking, derzeitiger deutscher Gesandter in Stockholm, der künftige Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

STADTNAHE WOHNUNGEN

Die Trümmerflächen mit ihrer Staub- und Rattenplage sind zu allererst nach heutigen städtebaulichen Erkenntnissen wieder zu bebauen. Solange im Stadtgebiet genügend Baugrund an fertigen Straßen mit Versorgungsanschlüssen vorhanden ist, muß die Anlage neuer Wohnblocks auf Ackerland mit hohen Anschließungskosten (Straße, Versorgungsleitungen, Verkehrsmittel) unterbleiben und sich die Bautätigkeit in den Randgebieten vornehmlich auf den Bau von mehr als bisher zu fördernden Eigenheimen beschränken.

WOHNUNGSEIGENTUM!

Die Bemühungen der Bundesregierung, die Schaffung von Wohnungseigentum mehr als bisher zu verwirklichen, sind nachdrücklich zu fördern! Daher sind die öffentlichen Mittel zur breiten Eigentumbildung weitgehend zu streuen, und das Einzeleigentum ist in seinen verschiedenen Formen zu fördern.

Die Richtlinien bei der Vergabe der erstellten Wohnungen sind gleichmäßig auf alle Bauherren anzuwenden. Hierbei ist selbstverständlich, daß die mit Hilfe öffentlicher Mittel erbauten Wohnungen nur Mietern mit geringem Einkommen zuzuteilen sind.

Dem Verfall der Altbauwohnungen muß Einhalt geboten werden. Zur Instandsetzung sind Kredite zu tragbaren Bedingungen bereitzustellen.

Mit dem Bau von hafennahen Wohnungen ist sofort zu beginnen. Die entscheidenden Gesetze des Wiederaufbaus, das Aufbaugesetz und der Aufbauplan, bedürfen einer Überprüfung. Vorschriften, die sich als baubehindernd herausgestellt haben, sind aufzuheben. Der Generalbebauungsplan muß einer sofortigen Revision unterzogen werden. Die Bauplanung ist überregional unter Fühlungnahme mit den Nachbarländern bei besonderer Berücksichtigung der Erfordernisse der Wirtschaft und des Verkehrs auszurichten.

V.

DIE REGIONALE VERWALTUNG

Die Bezirksverwaltung muß demokratisch, volksnahe, einfach und sparsam werden. Zur Erreichung dieses Zieles ist das Bezirksverwaltungsgesetz wesentlich zu ändern. Das bisherige Gesetz ist unzulänglich. Es bietet den ehrenamtlichen Kräften nicht genügend Möglichkeiten zu wirkungsvoller Mitarbeit.

Die Aufgaben der Bezirksverwaltung sind zu erweitern. Die klare Abgrenzung der Befugnisse der Bezirksverwaltung gegenüber den Aufgaben der zentralen Fachbehörden ist unbedingt notwendig. Die Koordinierung der einzelnen Arbeitsgebiete muß sinnvoller werden. Eine Überprüfung der Bezirks- und Ortsgrenzen wird unausbleiblich sein.

VI.

RECHT UND JUSTIZ

Die Richter, deren Unabhängigkeit unantastbar ist, sind vor jeder unsachlichen Kritik zu schützen. Ihre hohe Stellung als wichtiges Glied der Staatsgewalt muß nicht zuletzt in ihrer Besoldung zum Ausdruck kommen. Der Staat hat so wenig wie möglich zu prozessieren. Die vielen verlorenen Prozesse schädigen das Ansehen der Staatsautorität und damit der Demokratie!

VII.

ZUR SOZIALEN FRAGE

In ganz besonderem Maße wird sich der „Hamburg-Block“ eine weitblickende Sozialpolitik angelegen sein lassen. Aus der Vielzahl der durchzuführenden Programmpunkte einige Beispiele:

FAMILIENAUSGLEICHSKASSEN

Es müssen überbetriebliche Familienausgleichskassen eingeführt werden.

Der gegenwärtige Stand der sozialen Leistungen ist insbesondere bei der industriellen Wirtschaft in hohem Maße

aner kennenswert. Unsere Forderung ist eine Fortsetzung dieser Leistungen in Form des familiengerechten Lohnes.

Die besondere Fürsorge für die Alten, Kranken und Obdachlosen ist ein echtes Anliegen des „Hamburg-Block“.

Das gesamte Fürsorgewesen ist auf eine neue, verbreitete Basis zu stellen.

Das soll geschehen durch:

Ausweitung der Plätze für pflegebedürftige Personen,
Schaffung eigener Anstalten für bewahrbedürftige Personen,

Schaffung von Durchgangs- und Unterkunftsheimen für Obdachlose; sofortige Beseitigung von Elendsquartieren wie der Jahn-Halle, Kellerwohnungen usw.,

Aufhebung der Wohnlager durch Überführung der Insassen in Wohnungen und Pflegeheimen bzw. Bewahranstalten.

Weiter ist die Einführung der gehobenen Gruppenfürsorge für die Empfänger von Kriegsfolgehilfe, für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Sozialrentner usw. vorgesehen.

VIII.

DAS ARBEITSLOSENPROBLEM

Rund 80 000 Arbeitslose sind das bedauerliche Ergebnis einer jahrelangen falschen Wirtschaftspolitik der SPD in Hamburg. Die Arbeitslosigkeit ist nur durch die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, nicht aber durch den Bau von monströsen Arbeitsämtern erfolgreich zu beseitigen. Voraussetzung hierfür ist die Steigerung der industriellen Produktion und eine tatkräftige Unterstützung der Fertigwarenindustrie.

Über 10 000 ältere Angestellte und rund 10 000 Jugendliche unter 25 Jahren sind seit langer Zeit arbeitslos. Diesen Menschen gilt die besondere Sorge des „Hamburg-Block“. An ihnen müssen die Fehler der Vergangenheit zuerst wieder gutgemacht werden. Die

Arbeitslosen sind durch eine bevorzugte Vermittlung in Dauerarbeitsplätze besonders zu unterstützen.

GESUNDHEIT

Wichtigstes Anliegen unserer künftigen Hamburger Gesundheitspolitik wird es sein, den Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Alle Entscheidungen im Gesundheitswesen sind ausschließlich im Hinblick auf ihn — sei er gesund oder krank — zu treffen. Der Arzt wird in seine alten Rechte wieder eingesetzt werden. Die Verwaltung hat sich auf die ihr ausschließlich zukommenden Aufgaben zurückzuziehen. Der Patient soll behandelt und geheilt, nicht aber verwaltet werden!

DIE GESUNDHEITSBEHÖRDE

In Hamburg ist die Gesundheitsbehörde gleichzeitig Trägerin der Staatskrankenhäuser und Aufsichtsbehörde. Zur unbedingt notwendigen Trennung der Gewalten gehört es, die Gesundheitsbehörde in Verbindung mit einer Dezentralisation des Krankenhauswesens auf ihre gesetzliche Grundlage als Aufsichtsbehörde zurückzuführen. Dazu gehört u. a. die Einräumung einer größeren Selbständigkeit für die Krankenhäuser. Innerhalb der Krankenhäuser ist die Wiederherstellung einer vernünftigen Relation im Sinne einer Verstärkung des Ärzte- und Pflegepersonals gegenüber dem Verwaltungspersonal unbedingt erforderlich. Sehr wesentlich ist dabei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals. Des weiteren ist die Einflußnahme der Verwaltung auf alle ärztlichen Fragen zu unterbinden. Die Autorität der ärztlichen Direktoren ist wiederherzustellen.

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Bei der Gesundheitsbehörde soll der wissenschaftliche Beirat wieder in seine alten Funktionen eingesetzt und eine enge, verständnisvolle Zusammenarbeit mit allen Organisationen des Gesundheitswesens erreicht werden. Der zentrale Bettennachweis ist zugunsten der freien Krankenhauswahl der Patienten weitgehend einzuschränken.

ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens ist ein erheblicher Ausbau der Tuberkulosebekämpfung notwendig geworden. Diese sollte ihren Schwerpunkt im Ursprung der Tuberkuloseerkrankungen haben. — Der Ausbau seuchenhygienischer Maßnahmen muß den Großstadtverhältnissen entsprechend angepaßt und verstärkt werden. Daraus ergibt sich die wichtige Forderung der Verbesserung der Lebens- und Wohnungsverhältnisse, vor allem in den Hamburger Altersheimen.

X.

HILFE FÜR FLÜCHTLINGE, SPÄTHEIMKEHRER UND BUTENHAMBURGER

Die Kriegsfolgen erfordern auch in Hamburg, genau so wie in den übrigen Bundesländern, schnelle und großzügige Maßnahmen. Voraussetzung ist, daß durch eine straffe Zusammenfassung der zuständigen Dienststellen in ein verantwortliches Amt eine Koordinierung aller Hilfsmaßnahmen erreicht wird, damit die vom Krieg besonders schwer getroffenen Menschen wie Flüchtlinge, Spätheimkehrer, Butenhamburger und Kriegsgeschädigte an einer Stelle wirksame Hilfe erhalten.

Man kann nicht, wie es bisher geschah, die Not unserer Mitmenschen einfach übersehen. In Zusammenarbeit mit den anderen Senatsämtern muß erreicht werden, daß die hohe Zahl der Anträge für eine Existenzaufbauhilfe zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen, die Gewährung von Wiederaufbaukrediten für Produktionsstätten und Trümmergrundstücke sowie die Entschädigung der Ausgebombten beschleunigt erledigt werden. Nur durch neue organisatorische Maßnahmen sind diese Arbeiten schnell zu verwirklichen, zumal die Koordinierung der bisher verstreut und nebeneinander arbeitenden Dienststellen zu Einsparungen in der Verwaltung führen werden.



Edgar Engelhard, der bisherige Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, wurde zum Zweiten Vorsitzenden des HAMBURG-BLOCK (CDU/FDP/DP/BHE) gewählt

XI.

JUGENDFRAGEN

Wir wollen den jungen Menschen zum verantwortungsbewußten Staatsbürger heranbilden und ihn befähigen, seine künftigen Aufgaben in Familie und Beruf, in Wirtschaft und Volk in rechter Weise zu erfüllen. Diesem Ziel gelten alle unsere Bemühungen. Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß die Familie Ausgangs- und Endpunkt aller Arbeit für die Jugend sein muß. Private Initiative von Wirtschaft und Industrie sowie ein sinnvoller Landesjugendplan werden uns wertvolle Hilfen geben. Wir setzen uns daher für die weitere Errichtung von „Heimen der offenen Tür“, die intensive Betreuung unserer seefahrenden Jugend und für Hilfsmaßnahmen zugunsten der gefährdeten Jugend ein. Der „Hamburg-Block“ wird alles tun, um ein gutes Jugendschrifttum und saubere, anständige Jugendfilme zu fördern.

Besondere Sorgfalt verdienen die Maßnahmen für die berufstätige Jugend und die Intensivierung der staatsbürgerlichen Schulungs- und Bildungsarbeit. Auch sind alle Erholungsmaßnahmen, die der Jugendgesundheit dienen, zu unterstützen. In diesem Rahmen ist ein gemeinnütziges Werk vorgesehen, das zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenmangels in Zusammenarbeit mit den anderen Senatsbehörden eingeführt werden soll. Alle staatsbürgerlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen der jungen Generation sind zu unterstützen. Die Pflege des internationalen Jugendaustausches liegt uns besonders am Herzen.

SELBSTÄNDIGES SPORTAMT

Die umfassende Förderung und Pflege des Sportes ist zu aktivieren. Das kann besonders im Rahmen der Selbständigkeit des Sportamtes geschehen.

... ZU GRÖSSTEN LEISTUNGEN!

Das Grundsatzprogramm enthält die notwendigsten Forderungen des „Hamburg-Block (CDU-FDP-DP-BHE)“. Um Hamburg aus

der von der SPD in acht Jahren verschuldeten Lage im Schatten des Bundes wieder an den ihm gebührenden Platz zu führen, müssen vor allem die Fehler der Vergangenheit bereinigt werden. Gleichzeitig sind aber alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit Hamburg, sein Hafen, seine Wirtschaft und seine Verwaltung zu größten Leistungen geführt werden können. Getragen von dem Vertrauen der Hamburger Bevölkerung, wird der „Hamburg-Block“ die alte Freie und Hansestadt wieder zu dem machen, was sie einst war und wieder werden muß, zum „Tor zur Welt“.

UNSERE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Von Prof. Dr. Ludwig Erhard,
Bundeswirtschaftsminister

Es ist selbstverständlich, daß ich in meiner Funktion vor allen Dingen für die deutsche Wirtschaftspolitik, für die Politik der sozialen Marktwirtschaft, spreche. Ich glaube, es kann heute im deutschen Vaterland kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß diese unsere Wirtschaftspolitik erfolgreich war. Sie hat uns eine Verdreifachung des deutschen Sozialprodukts gebracht; sie hat den deutschen Außenhandel in Höhe von 1,8 Milliarden Mark im Jahre 1948 auf nahezu 17 Milliarden Mark im Jahre 1952 gesteigert; sie hat uns erstmalig in diesem Jahre sogar einen Überschuß in unserer Handelsbilanz erzielen lassen.

Wir haben 2,5 Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen; wir haben den Lebensstandard und das Realeinkommen aller Schichten unseres Volkes, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, fortdauernd erhöhen und verbessern können. Wir haben rund 1,5 Millionen neuer Wohnungen erstellt. Wir haben nach einem völligen Zusammenbruch unserer Währung heute wieder eine stabile deutsche Mark. Es ist selbstverständlich, daß man mit der Verleumdung der sozialen Marktwirtschaft im deutschen Volke keine Lorbeeren mehr ernten kann; damit sind keine Geschäfte

mehr zu machen; denn die letzten Menschen bei uns haben eingesehen, daß wir mindestens auf dem rechten Wege sind.

Wir werden auch, wenn wir uns selbst treu bleiben, noch die mannigfachen Aufgaben, die zu lösen übrig bleiben, erfolgreich anpacken. Es ist nicht uninteressant, daß heute die Sozialdemokratische Partei, nachdem sie fünf Jahre lang die Marktwirtschaft mit Hohn, Spott und Haß verfolgt hat, nunmehr selber vor das deutsche Volk tritt und ihm eine Marktwirtschaft von links anbietet. Diese Marktwirtschaft mit Linksdrall hat mit der sozialen Marktwirtschaft, die wir repräsentieren, nicht das mindeste zu tun, — und ich habe ein Recht darauf, das deutsche Volk davor zu bewahren, daß es auf diese Gaukelei hereinfällt.

Wenn dieses Programm, das die Sozialdemokratie jetzt verkündet, ehrlich und echt gemeint ist, dann sind alle meine Kritiker, auch ihre prominentesten Vertreter, Scharlatane gewesen. Weil ich aber diesen Vorwurf nicht erheben möchte, bleibt mir nur übrig, zu sagen, daß nach meiner festen Überzeugung dieses Programm der Marktwirtschaft von links sich eben doch wesentlich von dem unterscheiden muß, was bisher die Sozialdemokratie in ihrer wirtschaftlichen Haltung und Gesinnung bezeugt hat. Diese soziale Marktwirtschaft von links kann natürlich nur der sklavische Abklatsch von dem sein, was wir wollen.

Während sie uns vorwerfen, wir seien Monomanen — wobei in meinen Augen die Monomanie nichts anders ist als die Konsequenz und die Treue zur Idee und zu uns selbst —, unterscheidet sich ihre Marktwirtschaft dadurch, daß sie „so viel freie Wirtschaft wie möglich und so viel Planwirtschaft wie nötig“ mit sich bringt. Es ist nur die Frage: wer entscheidet das? — Etwa die Tausende von Funktionären, die da ausgebildet worden sind und dauernd weiter ausgebildet werden von der SPD, um dann auf die Menschheit losgelassen zu werden?

Wenn dem so ist und wenn ich diese Bewertung nach dem beurteile, was die Sozialdemokratie bisher als notwendig an Pla-

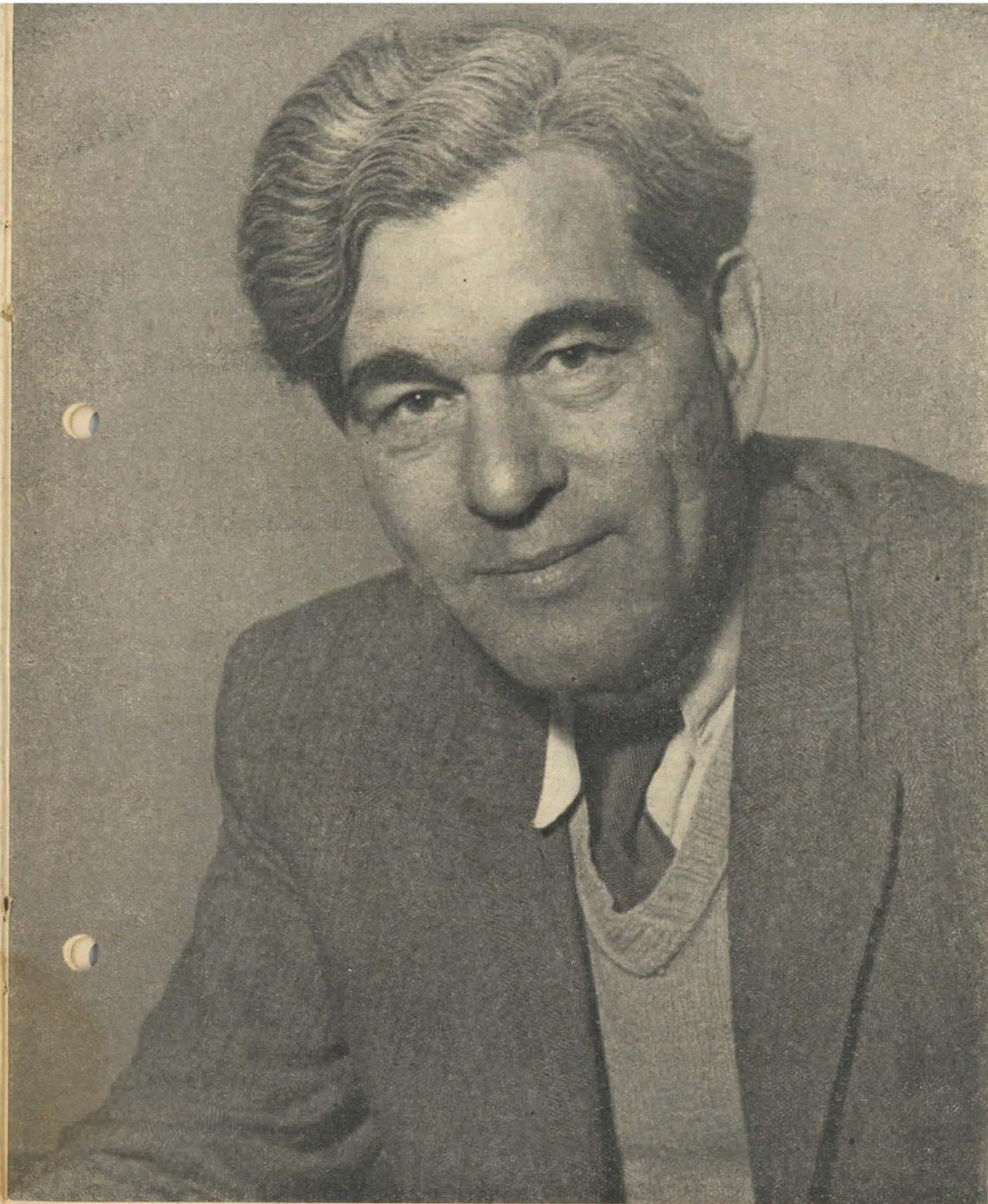
nung erachtet hat, dann möchte ich hier doch einmal einige unverfängliche Zeugen nennen. So sagte z. B. Herr Agartz bei der Verlängerung des Wirtschaftsnotgesetzes bis Ende 1949, das sei eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, ein parteipolitischer Trick; denn es sei selbstverständlich, daß die Zwangswirtschaft und die Rationierung noch viel länger aufrechterhalten bleiben müßten. Herr Schöttle — auch wieder ein unverdächtiger Zeuge — sagte, er würde sich der Auflösung der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln widersetzen, weil die von uns vertretene Wirtschaftspolitik den Mangel zu einer permanenten Erscheinung mache.

Ich könnte noch viel mehr dazu sagen. Die Sozialdemokratie weiß natürlich sehr wohl, was sie tut, aber wir glauben ihr einfach nicht! Dieser Trick, den sie da anwendet, ist in meinen Augen nichts anderes als eine wirtschaftspolitische Falschmünzerei. Die Regie bei ihr klappt auch verhältnismäßig schlecht; denn auf einer Tagung der SPD sagten einige ihrer Vertreter, sie seien für die Preisbildung, für die Aufhebung der Bewirtschaftung, für die Wiederherstellung der Funktion des Marktes, während auf der gleichen Tagung Herr Ollenhauer erklärte, die Verteilung des Sozialprodukts über den Geldbeutel — d. h. also über die Funktion des Geldes — sei die brutalste Rationierung, die es gebe. Aber nun gibt es keinen Ausweg: entweder findet die Verteilung so statt, wie sie in der Marktwirtschaft üblich und notwendig ist, nämlich über das Geld, oder sie findet statt über den Bezugsschein und über die Bürokratie. — Und das deutsche Volk aus dieser Fron erlöst zu haben, darauf sind wir stolz.

Es ist übrigens interessant, daß die Sozialdemokratie heute den Arbeiter nicht mehr so mit vollem Bewußtsein anspricht. Sie ist der Meinung: die haben wir sowieso, und jetzt wenden wir uns an den Mittelstand. — Es sind da und dort einmal Klagen und Forderungen an die Regierung laut geworden. Man glaubt daher, hier ein bereites

Feld vorfinden zu können. Während wir uns bemühen, den deutschen Arbeiter aus dem materiellen Proletariatsdasein herauszureißen und seinen Lebensstandard fortdauernd zu verbessern, versuchen die Sozialdemokraten, andere Schichten mindestens in proletarisches Denken hineinzuziehen. Der materielle Lebensstandard ist heute kein Gradmesser mehr für ein proletarisches Dasein. Dafür hat der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik gesorgt. Proletarisches Dasein drückt sich heute in dem Denken aus, wonach das persönliche Schicksal und die persönliche Würde zugunsten der Einordnung in das Kollektiv aufgegeben werden. Ich bin davon überzeugt, daß der deutsche Mittelstand gegen solche „Verlockungen“ immun sein wird. Ich bin auch der Auffassung, daß der deutsche Mittelstand in seinen breitesten Schichten unbedingt besser betreut werden muß, aber nicht in der Form, daß der Staat immer neue Hilfen und Unterstützungen gewährt, sondern dadurch, daß der Staat daran verhindert wird, in immer weitere Bereiche der privaten Lebensführung einzudringen.

Seit ungefähr 35 Jahren ist eine gefährliche Entwicklung in der Welt im Gange. Die öffentlichen Haushalte haben unter sozialen Vorzeichen eine fortdauernde Aufblähung immer mit der Begründung erfahren, die öffentlichen Aufgaben und die sozialen Verpflichtungen zwingen dazu. — Nun ist ganz bestimmt das eine richtig: wenn ein Ereignis wie etwa der Einstrom von 10 Millionen Flüchtlingen eintritt, dann ist es nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Pflicht des Staates, zu helfen. Selbstverständlich ist es auch die Pflicht des Staates, für diejenigen zu sorgen, die, alt, krank und schwach, ihr Dasein nicht mehr aus eigener Kraft gestalten können. Aber wir sind nach meiner Ansicht auf einem gefährlichen Weg, wenn aus den Kreisen der mittelständischen Existenzen, seien es freie Berufe, Handwerker, Händler, Industrielle oder Bauern — die gestern die Zumutung, daß der Staat einmal für sie zu sorgen hätte, mit Entrüstung als eine Beleidigung abgelehnt



Erwin Jacobi, bisheriger Vorsitzender der DP-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft, Vorstandsmitglied des HAMBURG-BLOCK (CDU/FDP/DP/BHE)

haben würden — der Ruf nach Sicherheit allzu laut wird.

Wir müssen uns überlegen, was hier getan werden kann. Irgend etwas scheint da nicht in Ordnung zu sein. Wenn wir die Politik der sozialen Marktwirtschaft so energisch und so konsequent weiterverfolgen, dann deshalb, weil wir den Motor des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Gesundung unseres Volkes nicht absterben lassen wollen, weil wir davon überzeugt sind, daß jeder Erfolg — vor allen Dingen jede Mehrung der sozialen Wohlfahrt — davon abhängt, daß wir den Gütegrad der deutschen Wirtschaft und die Qualität der deutschen Arbeitsleistung immer höher schrauben.

Wenn wir diesen Weg weiter beschreiten, dann werden wir immer weitere Schichten unseres Volkes in den Produktionsprozeß einbeziehen und ihnen auf Grund ihrer Arbeit ein materielles Dasein sichern können, damit sie sich vom Staat und seiner Hilfe weitgehend befreien. Wenn wir diese Politik verfolgen, daß auf der einen Seite die öffentlichen Haushalte auf Grund der zunehmenden Produktivität unserer Volkswirtschaft eine Entlastung erfahren, dann wird es auf der anderen Seite dank des größeren Sozialprodukts und des erhöhten Volkseinkommens auch möglich sein — bei aller Sicherung der öffentlichen Haushalte —, steuerliche Erleichterungen herbeizuführen.

Damit wird etwas sehr Wesentliches erreicht: nämlich die einzelnen Existenzen mehr und vor allem sichtbarer als heute zu überzeugen, daß sie ihr Leben für die Zukunft fest gestalten können. Es ist ein Widerspruch, wenn auf der einen Seite immer neue Forderungen an den Staat gelangen, auf der anderen Seite aber die Lasten, die der Staat seinen Bürgern auferlegen muß, als unbillig und hart empfunden werden.

Ich sage noch einmal: was wir brauchen, ist nicht mehr Staat, sondern weniger Staat! Hölderlin hat schon gesagt, daß diejenigen den Staat zur Hölle werden ließen, die ihn zu ihrem Himmel machen wollten. — Wir wollen

dafür sorgen, daß der einzelne deutsche Staatsbürger aus sich selbst, aus seiner eigenen Kraft heraus seine Sicherheit und seine Zukunft gewährleisten kann. Damit beschreiten wir dann den Weg, der uns vom Kollektivismus wegführt.

Heute sind wir auf die Bahn geraten, wo viele keine persönliche Verantwortung tragen möchten, eine Bahn, bei der viele Menschen bereit sind, ihre Stimme dem Kollektiv zu geben und selbst in die Anonymität zu gehen. Die Demokratie aber lebt von verantwortungsbewußten Staatsbürgern, die auch die Zivilcourage aufbringen, für sich selbst einzustehen gegen jedermann, gegen das Kollektiv und selbst gegen den Staat, wenn es notwendig sein wird.

Die Sozialdemokratie verkündet, daß sie auch für das Eigentum sei. Das glaubt sie wohl tun zu müssen, um vor allen Dingen bei mittelständischen Kreisen Anklang zu finden. Wenn aber die Sozialdemokratie gleichzeitig sagt, die volkswirtschaftliche Kapitalbildung sei vorzüglich eine Aufgabe des Staates, der Staat müsse das Rückgrat der Kapitalbildung und der öffentlichen volkswirtschaftlichen Investitionstätigkeit sein, dann kann sich keine Kapitalbildung vollziehen; dann setzt jene groteske Umkehrung ein, daß der deutsche Staatsbürger seine Ersparnisse im Steuerwege an den Staat abliefert, um dann als Bittsteller zu erscheinen und das wieder als Kredit zurückerbitten, was füglich nach Recht und Moral sein Eigentum sein müßte.

Auch die gewerbliche Wirtschaft hat einen Anspruch darauf, daß sie die Fortentwicklung ihrer Betriebe — und das ist eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die sie zu erfüllen hat — aus eigener Kraft und ohne den Anspruch des Staates vollziehen kann; denn wenn diese Entwicklung weitergeht — ein Problem, das die ganze freie Welt angeht —, daß nämlich der einzelne Staatsbürger vom Staate abhängig wird und in allen seinen Entscheidungen auf die Gnade der Bürokratie angewiesen ist, dann wird er zwangsläufig vom Staatsbürger zum Untertan. Dann sammelt sich in der Hand des Staates eine immer größere

Macht, und der einzelne wird immer unfähiger, sein Leben in die Hand zu nehmen. Dann treiben wir auf kaltem Wege in eine Sozialisierung, in den Kollektivismus, in die Vermassung.

Nun hat die Sozialdemokratie gesagt, das Eigentum sei keine sittliche Institution, die in alle Ewigkeit gelten könne; man müsse das Eigentum, den Eigentumsbegriff, fortentwickeln. — Das ist ein neuer Terminus technicus. Wenn ich in Zukunft jemandem etwas aus der Tasche ziehe, dann sage ich nicht: ich hab's geklaut, — sondern: ich habe ihm das fortentwickelt!

Wir stehen zum Eigentum; wir wollen dafür sorgen, daß möglichst alle Menschen privates Eigentum sammeln können; denn daraus erwächst die Sicherheit, die die Demokratie braucht, um standes- und verantwortungsbewußte Staatsbürger hinter sich zu wissen.

Wir haben auch den Mut zu einem höheren Lebensstandard. Nur über die weitere Erhöhung der Produktivität sehen wir den Weg, auch die restlichen Schichten unsere Volkes aus der Armut zu erlösen. Wir wissen sehr wohl, daß da noch sehr viel Not zu überwinden ist. Hier können aber nicht irgendwelche Heilslehren helfen, sondern hier kann nur helfen die ehrliche Arbeit einer ganzen deutschen Volkswirtschaft. Wenn wir das sagen, dann ist das keine Phrase; denn wir haben fünf Jahre lang demonstriert, wie man es macht, und wir sind auf diesem Wege zu großen Erfolgen gekommen, die in der ganzen Welt anerkannt werden. Wenn das ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie nicht sieht, dann habe ich dafür nur eine Erklärung: entweder liegt das an einem intellektuellen oder an einem moralischen Defekt. — Andere Erklärungen gibt es hierfür nicht.

Die steigende Wohlfahrt hat zur Voraussetzung, daß wir die Produktion ausweiten. Ich bin sehr glücklich darüber, daß die Politik der Austerität — aus sozialistischen Bedenken entstanden — heute auch in Europa mehr und mehr in sich zusammensinkt. Der englische Schatzkanzler Butler hat Prinzipien entwickelt, die sich unserer wirtschaftspolitischen Auffassung weit-

gehend annähern, nämlich die Entlastung der öffentlichen Haushalte, die Zunahme der Produktion, die Erhöhung des Lebensstandards des Volkes. Das ist der einzig richtige Weg!

Wir wollen möglichst alle Schichten des Volkes — selbstverständlich nicht auf einmal, sondern stufenweise in der Entwicklung — an einem gehobenen Lebensstandard teilhaben lassen. Wenn die Sozialdemokratie hiergegen einwendet: wie soll denn ein armer Sozialrentner sich ein Auto oder einen Kühlschrank leisten können, — dann muß ich erwidern: was soll man zu soviel Dummheit sagen! Die ersten Automobile sind auch nicht von Sozialrentnern gefahren worden; aber was heute Luxus ist, das ist morgen breiter gestreuter Verbrauch und übermorgen das Verbrauchs- und Gebrauchsgut aller Menschen.

Wenn sich nicht irgendwelche Schichten zuerst einem gehobenen Bedarf hingeben können, dann gibt es überhaupt keinen gehobenen Bedarf, sondern dann versinken wir alle in der Armut und finden uns zusammen in der allgemeinen Verelendung, wie das in den Jahren 1945 bis 1948 noch der Fall gewesen ist. Wenn ich das sage, dann bin ich mir bewußt, daß unsere Fähigkeit, von Deutschland aus den rechten Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu leisten, davon abhängig ist, wie wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung Fortschritte machen.

Wenn Amerika soviel für den Schutz der freien Welt tun kann, so ist das nicht deshalb möglich, weil es einen niedrigen Lebensstandard hat, sondern es ist nur möglich, weil es einen hohen Lebensstandard hat. Je mehr wir hier vorankommen, um so befähigter werden wir auch in der Entfaltung unserer Kraft, den notwendigen Teil zu unserem Schutze beizutragen. Wir sind auch bestrebt, die gleichen von uns im Innern verfolgten Prinzipien, die auf Freiheit beruhen, in unseren zwischenstaatlichen Beziehungen anzuwenden.

Unsere Erfolge im deutschen Außenhandel haben wir auch nur mit dem Prinzip der Freiheit erreicht. Wir sind aber noch nicht zufrieden mit dem, was bis heute geschaffen worden ist. Das ist auch nicht mehr eine spezifisch deutsche Aufgabe, sondern es ist

die Aufgabe der ganzen freien Welt, in der ersten Stufe zunächst einmal aber die Aufgabe der uns verbundenen und befreundeten europäischen Völker.

Die Devisenzwangswirtschaft und alles, was uns daran hindert mit anderen Völkern zusammenzukommen und uns friedlich mit ihnen zu messen und die vergiftete Atmosphäre zu bereinigen, wurzelt noch in der Doktrin der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die mit ihren Fehlern und Irrtümern nur solange aufrechtzuerhalten war und ist, wie sich die einzelnen Volkswirtschaften abkapseln; denn in der freien und reinen Luft des internationalen Wettbewerbs werden diese Irrtümer sehr schnell zutage treten. Darum sind die sozialistisch orientierten Volkswirtschaften in sich verkrampft; sie sind reaktionsunfähig; sie sind nicht mehr funktionsfähig und nach außen durch starke Devisenkurse abgekapselt.

Jeder Staat hat die Verantwortung dafür, zuerst in seinen eigenen Reihen Ordnung zu schaffen, um dann auf der Grundlage der inneren wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität reif und bereit zu sein, die Grenzen gegenüber der übrigen Welt weit zu öffnen. Wir alle wünschen, daß die politischen Ziele zu einer Neuformung und Neugruppierung Europas möglichst schnell von Erfolg begleitet sein mögen. Hier liegt auch eine Verantwortung auf der Wirtschaft. Hunderte von Millionen Menschen wollen eine freie Welt; sie wollen sich über die Enge ihres Raumes hinaus frei bewegen; sie möchten, daß die Segnungen der internationalen Arbeitsteilung sich zum Nutzen aller Menschen voll entfalten können.

Wir wollen eine freie Welt! Es darf aber nicht dahin kommen, daß zum Schluß nichts anderes herauskommt als ein zentralistisch und dirigistisch geleiteter Überstaat, der wieder über die Grenzen hinweg bis in die Schicksale der einzelnen Menschen eingreift. Deshalb kämpfen wir auch mit solcher Erbitterung für die Überwindung der Devisenzwangswirtschaft, weil diese Überwindung die Grundlage dafür schafft, daß die Menschen aus der Engstirnigkeit, aus dem Protektionismus und aus dem Autarkiewahn erlöst

werden und sich ihrer Sehnsucht gemäß auch begegnen können in einer freien Welt.

In diesem Zusammenhang muß ich noch auf folgendes verweisen. Wir sind mitten in den Verhandlungen, in dem Ringen um die Verträge. Hier muß ich einmal mit aller Deutlichkeit sagen: die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk haben keine Lebensgrundlage und keine Zukunft, wenn über Deutschland noch ein Zwielicht schwebt, wonach man nicht weiß, wie dieses Deutschland sich verhalten wird. Ich brauche hier nicht zu betonen — denn es ist Geschichte geworden —, daß wir alle kein anderes Verlangen und keine andere Sehnsucht haben, als uns mit der übrigen Welt eins zu fühlen und uns innigst mit ihr zu verbinden, um unser Dasein und unsere Zukunft zu sichern. Da darf kein diffuses Licht übrigbleiben. Das deutsche Volk hat keine Lebensgrundlage, wenn es nicht innig verbunden ist — auch rein ökonomisch gesehen — mit der freien Welt.

Denken Sie daran, daß wir unbedingt exportieren müssen, und zwar in sehr erheblichem Umfang, um überhaupt unsere Menschen beschäftigen zu können. Wir sind dabei — und ich glaube, wir haben einen guten Stand erreicht —, von der deutschen Volkswirtschaft aus mitzuhelfen an der Erschließung der übrigen Welt, an der Industrialisierung und der Technisierung. Kein Land in dieser Welt würde diese Verbindung pflegen, wenn es befürchten müßte, daß angesichts einer unklaren Haltung seines Partners eine Zusammenarbeit unmöglich sei. Aber wir brauchen die übrige Welt, weil wir hinsichtlich unserer Ernährung und nahezu aller anderen Rohstoffe auf die anderen Volkswirtschaften angewiesen sind. Keine Volkswirtschaft würde sich nach Deutschland hin orientieren, wenn auch nur ein Rest von Zweifel übrigbliebe.

Jeder, der sich gegen diese Verträge stemmt, muß sich darüber klar sein, daß er mit dem deutschen Schicksal spielt, nicht zuletzt mit dem Schicksal des deutschen Arbeiters; denn wir können bei unserer Rohstoffarmut im eigenen Land die deutschen Arbeitsplätze nur besetzt halten und neue

dazugewinnen, wenn wir uns mit der übrigen freien Welt auf das innigste verbinden.

Wir haben guten Grund und ein Recht dazu, vor das deutsche Volk hinzutreten und Rechenschaft abzulegen. Wir können es mit reinem Herzen und mit freier Stirne tun. Wir haben nicht alle Probleme gelöst, aber wir haben gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Wir haben die Verantwortung in einer Zeit übernommen, da kein Stern zu leuchten schien. Wir können immerhin sagen, daß wir das deutsche Volk auf die rechte Bahn geführt haben, soviel auch noch zu tun übrigbleibt. Wir wissen genau, daß noch sehr viele Probleme zu lösen sind. Wir wissen, daß in dem Grenzland noch sehr viel an Aufbau getan werden muß, um zu einer gesunden Struktur zu kommen. Wir wissen, daß wir die Konjunktur nicht absinken lassen dürfen. Wir müssen den Motor in Gang halten. Die Bundesregierung hat allen diesen Fragen ihre ganze Aufmerksamkeit mit vollem Ernst gewidmet.

Das deutsche Volk in allen seinen Schichten kann beruhigt sein. Solange wir die Verantwortung tragen, solange werden wir uns treubleiben eingedenk unserer Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volk.



BAD NEUENAHR

das schöne Heilbad im Ahrtal

gegen Zucker, Gicht, Gallen-, Leber-, Magen-, Darm-, Nieren- und Blasenleiden sowie Herz- und Kreislaufkrankungen und Badekur mit alkalisch-erdigen Thermen (36° Celsius) Herbst- und Winterkuren erfolgreich und preisgünstig
Verbilligte Pauschalkuren vom 1. Oktober bis 31. März
Haustrinkkuren mit „Bad Neuenahrer Sprudel“

Ganzjährige Trink-

Prospekte durch Kurverwaltung Bad Neuenahr, Ruf 291/292



BÖHLER



EDELSTÄHLE

GEBR. BÖHLER & CO. AKTIENGESELLSCHAFT · Berlin, Düsseldorf, Leipzig, Stuttgart, Wien

Bonner Fahnenfabrik GmbH.

Bonn (Rhein) · Größte Fahnenfabrik (Deutschlands)

Rheindorfer Str. 224 · Postfach 344
Telefon: 3 39 40, 3 39 48, 3 39 49

Signalflaggen, Kontorflaggen, Länderflaggen, Namen-
stander · Eig. Weberei, Färberei, Druckerei u. Näherei

Millionenfach

im Gebrauch, beweisen Erzeugnisse der Firma Dralle unablässig ihre hervorragenden Erfolge. Was die Forschung hinzufügt, findet Zug um Zug seinen Niederschlag im Fabrikat, gleichgültig, welche Mehrkosten der Herstellung erwachsen.

Rasiercreme
DM 1.-

Dralle

Rasierseife
90 Pfg.

Dralle

Markenseife
50 Pfg.

Dralle